

## Rezensionen

Nancy Fraser; Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, 306 S.

Der Band behandelt Begriffe und Kriterien der Gerechtigkeit in einer Weise, die Aufmerksamkeit schon allein durch die äußere Form erregt: Fraser und Honneth haben es unternommen, sich insofern ungeschützt der gegenseitigen Kritik zu stellen, als Argument und Gegenargument hier offensichtlich ohne spätere glättende Eingriffe präsentiert werden. Auf die ausführliche Positionsbestimmung Frasers folgt die kritisch darauf bezogene Positionierung von Honneth, darauf eine Replik Frasers und wiederum eine Entgegnung Honneths. Das erfordert Mut und hat den erfreulichen Effekt, dass hier eine Kontroverse ausdrücklich, gleichsam in ausführlicher Rede und Gegenrede offengelegt und ausgetragen wird. Dabei sind die zwei Dimensionen der Gerechtigkeit – die der „fordistischen“ Periode“ zugerechneten „Verteilungskämpfe“ und die in der Gegenwart in den Vordergrund getretenen, auf Identität bezogenen „Anerkennungskonflikte“ (8) – per se nicht strittig. Es geht vielmehr darum, ob wie Honneth behauptet, der Anerkennung als grundlegendem Moralbegriff ein Primat zuzusprechen sei, oder aber ob hier, wie Fraser argumentiert, zwei Dimensionen vorliegen, die nicht auseinander folgen, aber gleichwohl unter dem Postulat der Gerechtigkeit miteinander in Beziehung zu setzen sind. Zur Debatte stehen ein von Honneth vertretener monistischer Ansatz mit dem Primat der Anerkennung

einerseits und ein von Fraser favorisierter „perspektivischer Dualismus“ andererseits.

Die dabei aufgeworfenen Fragen reichen, wie in dem Eingangstext von Fraser systematisch auseinander gelegt wird, von der Moralphilosophie über die Gesellschaftstheorie bis zur politischen Theorie. Der Rezensent ist angesichts der Unmöglichkeit, dies vollständig wiederzugeben, in der angenehmen Lage, eine Auswahl von Gesichtspunkten herauszugreifen und zur Diskussion zu stellen.

Wenn unstrittig der Ausgangspunkt der Debatte im Aufkommen unterschiedlicher Formen von Identitätspolitik liegt, so sieht Fraser eben hier ein ernstes Risiko. Es besteht darin, dass „die Kämpfe um Anerkennung zusehends von den Kämpfen um egalitäre Umverteilung entkoppelt werden – obschon die Gerechtigkeit erfordert, dass beide miteinander verbunden werden“ (84). Demgegenüber schlägt sie als Maßstab der Gerechtigkeit das ausführlich begründete Konzept der partizipatorischen Parität vor, also ein wesentlich auf Chancengleichheit basierendes, duales Bezugssystem, in dem Anerkennung anders als bei Honneth oder auch Charles Taylor nicht auf „Selbstverwirklichung“, sondern auf „Gerechtigkeit“ bezogen ist (44). Dabei klagt Fraser für die „integrative Strategie ... eine(s) entstehenden antihegemonialen Block(s) sozialer Bewegungen“ entgegen „modischen kulturalistischen Auffassungen“ die fundamentale Bedeutung der Verteilungsgerechtigkeit ein (119), die freilich in der Klassendimension nicht aufgehe. Daneben ist Anerkennung zwar gleichfalls eine „fundamentale und irreduzible Dimension der Gerechtigkeit“, kann aber für die öffentliche Auseinandersetzung über die Formen

der Gerechtigkeit „kein Leitfaden“, sondern muss vielmehr als Maßstab der „statusförmige(r) Benachteiligung“ verstanden werden; sonst könnten „Identitäten verdinglicht, de(r) Separatismus bestärkt“ und gruppeninterne „Herrschaftsverhältnisse ... kaschiert“ werden (120). Offen bleibt bei Frasers eingehenden, bis nah ans Kasuistische reichenden Überlegungen zum differenzierten Austarieren von Umverteilung und Anerkennung, wie eigentlich beide Postulate mit den recht pauschal unterstellten deliberativen Verfahren in Beziehung stehen, die durch ein *Fehlen* materieller Gerechtigkeit, d.h. durch Ungleichheit und Diskriminierung doch unweigerlich tangiert würden. Anders gesagt, die an sich banale Tatsache, dass es in der realen Welt kein „level playing field“ gibt oder dass die ideale Kommunikationsgemeinschaft Modell- oder Normcharakter besitzt, nicht aber Realität ist, müsste an dieser Stelle systematisch berücksichtigt werden.

Doch die von *Honneth* vorgebrachten Einwände lenken die Auseinandersetzung zunächst in eine wenigstens scheinbar völlig andere Richtung. Ihm geht es vor allem um den gesellschaftlichen Bezugspunkt für kritische Theorie. Dies sollen nicht (mehr) allein soziale Bewegungen sein, sondern auch „solche Formen des institutionell verursachten Leidens und Elends ...“, die auch vor und unabhängig von aller politischen Artikulation in sozialen Bewegungen existieren“ und mit „moralpsychologischen“ Begriffen zu erfassen sind (139). Dementsprechend wirft er Fraser – und implizit auch generell der älteren Kritischen Theorie – eine unzulässige Engführung ihrer empirischen Grundlagen vor. „Unrechts-erfahrungen“ (136) – andernorts häufig mit „Unbehagen“ kodiert – beziehen sich für Honneth auf drei Sphären der Anerkennung,

deren Ausdifferenzierung er am Beginn der Moderne konstatiert: Liebe, Recht und Leistung. Dabei werden Konflikte um kollektive Identität in erster Line der Sphäre des Rechts zugeordnet, alles was mit materiellen Verteilungsfragen zu tun hat, dagegen der „Leistung“. Die Sphäre der Liebe bezieht sich auf die auf Liebesheirat beruhende Familie. Gerade die beiden letztgenannten Zuordnungen führen fast unweigerlich auf Probleme. Sicherlich bezeichnet „Liebe“ im von Honneth anvisierten Sinn keinen konfliktfreien Raum, sondern vielmehr ein Feld komplexer Aushandlungsprozesse, in denen die Anerkennung der jeweiligen „Bedürftigkeit“ und erst recht von deren Dynamik eine zentrale und problematische Rolle spielt. Dennoch muss die Auszeichnung der bürgerlichen Ehe als Liebesheirat verwundern. Man fragt sich ein wenig, wovon der bürgerliche Roman des 19. Jahrhunderts eigentlich gelebt hat, und auch im 20. dürfte der – nicht einfach zu erhebende – empirische Befund bestenfalls zwiespältig ausfallen und schichten- sowie kulturspezifisch äußerst differenziert dazu. Die zentrale Rolle, die Honneth im Kontext der „Leistung“ dem Problem nicht bezahlter, vor allem von Frauen geleisteter Arbeit und dem Kampf um deren Anerkennung als Arbeit zuweist, kann erst recht nicht bestritten werden. Äußerst fraglich ist aber, ob denn nicht gerade in der Tradition der Kritischen Theorie überzeugendere Instrumente zur Verfügung stehen, um die Verkehungen zu entschlüsseln, die diesen Verhältnissen zugrunde liegen, die ganz unbestritten zentrale Angriffspunkte gegenwärtiger kritischer Sozialtheorie sein müssen. Die auf Adam Smith zurück gehende, von Marx glänzend analysierte Paradoxie der Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit dürfte hier weiter führen und zumal einen Fallstrick umgehen, den Honneth anschei-

nend überhaupt nicht erkannt hat: die umstandslose Affirmation des Leistungsprinzips. Allein die lange Debatte um den „gerechten Lohn“, ganz zu schweigen von der Ideologiekritik der Leistungsgesellschaft, die anscheinend so überzeugend ausgefallen ist, dass sie seit längerem der Vergessenheit anheim gefallen ist, sollten hier Warnung genug sein. Es genügt hier nicht die Forderung nach Einbeziehung in den Geltungsbereich des Leistungsprinzips zu konstatieren, etwa durch Anerkennung von Hausarbeit als Arbeit. Wie Nancy Fraser in ihrer Replik zurecht anmerkt, lässt sich dies ohne eine gründliche Reflexion (mindestens) der „Marktmechanismen“ (229) schlicht nicht diskutieren. „Leistung“ ist weder eine neutrale Kategorie, unter die subsumiert zu werden Sache von „Anerkennung“ wäre, noch lässt sie sich *gesellschaftlich* überhaupt objektiv bestimmen. Sie ist vielmehr Gegenstand des Zentralkonflikts kapitalistisch verfasster Gesellschaften. Es ist unzweifelhaft bedeutsam, überhaupt Partei in diesem Konflikt zu sein, und insofern ist die Anerkennung vorwiegend von Frauen ausgeübter Tätigkeiten als Arbeit, auf die Honneth sich hauptsächlich bezieht, in der Tat wesentlich. Nur darf nicht vergessen werden, dass hinter einer solchen Anerkennung – Verteilungskonflikte liegen, wenn wir die gesellschaftliche Empirie betrachten, und dass damit ferner, wenn es um Sozialtheorie gehen soll, die Aufgabe der Kritik und Dekonstruktion der Leistungs-ideologie nicht erledigt, sondern allenfalls noch vordringlicher geworden ist. Unklar und auch in Frasers Kritik an einer „Moralpsychologie des vorpolitischen Leidens“ (232) noch unzureichend angesprochen scheint mir auch der Zusammenhang mit der Identitätsproblematik, die selbst in diffusum „Unbehagen“ noch wenigstens mitschwingt. Sie müsste sich ja irgendwie durch kollek-

tive Subjekte artikulieren, die bei Fraser eher im Hintergrund noch anwesend, bei Honneth vollends verschwunden sind. Freilich stellt sich mit deren Artikulationsfähigkeit wieder die Frage nach sozialen Bewegungen.

Anstoß zu nehmen ist darüber hinaus freilich am übergreifenden Bezugsrahmen dieser Debatte. Fraser ebenso wie Honneth beziehen sich zwar verschiedentlich auf „Globalisierung“; dies ist aber wenig mehr als eine abstrakte Rahmenbedingung für ihre Überlegungen. Es muss zutiefst beunruhigen, dass die Realität eines gesellschaftlichen Weltzusammenhangs, der ausweislich einfacher statistischer Daten durch beständig zunehmende Ungleichheit sowohl auf regionaler wie auf interregionaler Ebene gekennzeichnet ist, in keiner Weise in den Kategorien einer Debatte über Gerechtigkeit reflektiert wird, die zudem noch die Erneuerung kritischer Theorie für sich beansprucht. Mindestens die Debatten über die Zusammenhänge von Subsistenzproduktion, Sicherheit und kollektiver Identität, erst recht zusammen mit den Analysen über daraus sich ergebende divergierende Handlungsstrategien wären durchaus geeignet, Fragen nach Gerechtigkeit, Anerkennung und Umverteilung eine Perspektive zu geben, die nicht nur formal über den nordamerikanisch-westeuropäischen Tunnelblick hinausführt, sondern damit auch die Sicht auf die tatsächliche Vielfalt der Konzeptionalisierung von Ungerechtigkeit und der Auseinandersetzung mit ihr eröffnet. Wer es nicht unternimmt, diese Dimensionen auf der Ebene der Kategorienbildung aufzunehmen, bleibt in Beschränkungen gefangen, die weithin den herrschenden Diskurs bestimmen mögen, des ungeachtet aber nur als provinziell zu bezeichnen sind.

Reinhart Kößler

Yama Olumi: *Die Taliban 1994-1998. Der Stellenwert von Ethnizität im afghanischen Bürgerkrieg*. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2002, 157 S.

Die Ereignisse des 11. Septembers 2001 lösten eine wahre Lawine an Büchern aus, die über den Afghanistankonflikt und die Herrschaft der Taliban erschienen sind. Die meisten dieser Publikationen sind im populärwissenschaftlichen Bereich angesiedelt und trugen nicht wesentlich zur Erhellung der Hintergründe des Afghanistankonflikts und der Herrschaft der Taliban bei. Die Veröffentlichung von Yama Olumi ist einer der bislang wenigen Versuche, die Bürgerkriegsereignisse der 90er Jahre sowie die Taliban Herrschaft wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dass sich zudem mit Yama Olumi ein Afghane an das in Afghanistan äußerst emotional beladenen und heikle Thema „Ethnizität“ heranwagt, ist umso begrüßenswerter.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptkapitel. Im ersten Kapitel setzt sich Olumi mit theoretischen Ansätzen von Ethnizität, Stamm, Volk und Nation auseinander. Hier geht er kursorisch auf die wesentlichen Grundlinien der wissenschaftlichen Diskussion ein, also vor allem auf primordialistische und konstruktivistische Ethnizitätsmodelle. Im letzten Unterkapitel stellt Olumi eine Synthese beider Forschungsansätze vor, die „situativ-primordiale Interpretation“ (S. 27-29), die jedoch für ein besseres Verständnis weiterer Ausführung bedurft hätte. Überhaupt bedingt die Knappheit des Theoriekapitels, dass viele Ansätze der Ethnizitätsforschung zwar angerissen werden, aber nicht in ein übergeordnetes Konzept eingearbeitet werden. So ist ein wesentlicher Schwachpunkt des Theoriekapitels, dass Olumi Definitionen der Schlüs-

selbegriffe „ethnische Gruppe“, „Ethnizität“ und „ethnische Identität“ nicht vorlegt und seine wissenschaftliche Positionierung innerhalb der Ethnizitätsdiskussion verschwommen bleibt. Diese Schwachstelle kristallisiert sich besonders im Verlauf der folgenden Kapitel heraus und verdichtet sich zu einem grundlegenden Problem der gesamten Arbeit. So gibt Olumi zu Anfang des zweiten Kapitels einen Überblick über die ethnische Vielfalt Afghanistans, in dem er die ethnischen Gruppen als fest umrissene, seit unbestimmter Zeit verankerte Größen, mit einem klar definierten kulturellen Inventar versteht. Dagegen betont Olumi in der Schlussbetrachtung seines Buchs (S. 134-140) die Instrumentalisierung des Ethnischen im Verlauf des Afghanistankriegs. Olumi lässt daher den Leser im Unklaren, ob er Ethnizität im afghanischen Kontext als eine permanent wirkende Kraft oder eher als eine konstruierte Größe versteht.

Im Anschluss an den Überblick über die ethnischen Gruppen in Afghanistan erfährt das zweite Kapitel einen Perspektivenwechsel. Nun geht Olumi auf die gesellschaftliche Herkunft der Taliban und die politische Entwicklung dieser Bewegung ein, während die Relevanz des Ethnischen im Verlauf des Kapitels sukzessive an Bedeutung verliert und nur schlagartig – etwa bei der Behandlung der Massaker von Mazar-i Sharif – hervorgehoben wird. Jedoch dadurch dass sich Olumi hier von seiner gesetzten Bezugsgröße „Ethnizität“ entfernt, verdeutlicht er unausgesprochen, dass die Herrschaft der Taliban im Spezifischen wie auch der Afghanistankonflikt im Generellen nicht auf die ethnische Logik verkürzt werden können, sondern sich verschiedene Konfliktlinien überlappen. Dies wird in Kapitel 3 besonders deutlich, in dem Olumi auf die Innen- und Außen-

politik der Taliban eingeht. Als die wesentlichen Grundzüge der Politik der Taliban erscheinen nun ihre religiös orthodoxen Vorstellungen, ihre diskriminierende Haltung gegenüber Frauen und ihr Engagement im Drogenanbau und -handel, die die ethnische Konfliktlinie als nur eine unter vielen erscheinen lassen. Desgleichen macht Olumi deutlich, welche maßgebliche Rolle die außenpolitische Einflussnahme im Afghanistan der 90er Jahre spielte. In diesem Zusammenhang hebt Olumi hervor, dass die Ursachen für den Ausbruch und die Kontinuität des Afghanistankriegs nicht allein bei den ausländischen Akteuren zu suchen sind, sondern „die Hauptschuld bei den Afghanen selber (liegt)“ (S. 140). Durch diese Gesamtanalyse des Afghanistankonflikts hebt sich Olumi angenehm von vielen Afghanen ab, die sich immer wieder in einer kollektiven Opferrolle sehen. Diese Haltung Olumis wird vor allem in der Schlussbetrachtung deutlich, in der er die Bedeutung politischer Eliten hervorhebt, die einerseits die politischen, v.a. ethnischen Diskurse bestimmen und andererseits als Scharniere zwischen ausländischen Mächten und afghanischen Kriegsparteien fungieren.

Wenngleich der rote Faden im Lauf des Buches etwas verloren geht und die thematische Konzentration auf den Stellenwert von Ethnizität im afghanischen Bürgerkrieg nicht durchgehalten wird, handelt es sich dennoch um ein durchaus lesenswertes Buch. Besonders die Tatsache, dass eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Afghanistankonflikt aus afghanischer Perspektive erfolgt, gibt dem Buch einen gewissen Reiz. Hierdurch gewinnt es eine Nähe und Authentizität, die nicht-afghanische Autoren kaum erreichen können.

Conrad Schetter

Jan-Georg Deutsch; Peter Probst; Heike Schmidt (Hg.): *African Modernities*. Oxford: James Currey/New Portsmouth, NH: Heinemann 2002, 184 S.

Der aus einer Berliner Ringvorlesung hervorgegangene Band thematisiert in ausdrücklicher ambivalenter Formulierung die empirische Vielfalt der Ausdrucksformen von Modernität in Afrika und die verschlungene wissenschaftliche Debatte über Konzepte wie Moderne, Modernität oder Modernisierung. Unweigerlich steht dabei auch die „post“-Frage – in der Form der Postmoderne, des Poststrukturalismus oder des Postkolonialen – einmal mehr zur Debatte. Die Herausgeber formulieren das Problem einleitend in interessanter Weise mit dem Hinweis auf die Karriere der Modernisierungsproblematik in der kolonial inspirierten Wissenschaft, zumal der Ethnologie: Hatte zumal für Malinowski die Gefahr der „Ansteckung“ (*contagion*) im Gleichgewicht verharrender Kulturen, die Zerstörung des Authentischen noch im Zentrum der Überlegungen gestanden, so sah die klassische Modernisierungstheorie die Ausbreitung der Moderne als „Notwendigkeit“, während neuerdings zum einen aus poststrukturalistischer Perspektive Moderne eher als kontingentes, wenn auch folgenreiches Moment erscheint, wobei zum andern die Globalisierungsforschung weit stärker die räumliche gegenüber der zeitlichen Dimension betont und so die Lokalität – möglicherweise als Neuformulierung von Tradition – in Stellung bringt. Die einzelnen Beiträge verdeutlichen in ihrer Gesamtheit vor allem die Vielfalt der mit solchen Überlegungen angerissenen Themen, auf die sie teilweise faszinierende Blicke bieten.

Dabei orientieren sich die sieben Einzelbeiträge freilich wenig an den einleitenden Vorgaben. *Richard Rathbone* unterstreicht nachdrücklich die Vielfalt und Komplexität auch nur einer Großregion wie Westafrika verweist auf die Ambivalenz der Konzentration auf unterschiedliche afrikanische Akteure im Rahmen von Modernisierungsbestrebungen vor allem im 19. Jahrhundert und leitet dann über auf die Zähigkeit, mit der sich Institutionen der *chieftaincy* zumal in postkolonialer Zeit immer wieder neuen Bedingungen angepasst haben. *John Lonsdale* konkretisiert die Akteursperspektive mit der Konzentration auf die Gestalt von Jomo Kenyatta und dessen widersprüchliches Verhältnis zu den Herausforderungen und Anforderungen der Moderne, das von der unter Malinowski verfassten sozialanthropologischen Abschlussarbeit *Facing Mount Kenya* über sein umstrittenes Verhältnis zur Mau Mau-Bewegung bis hin zu einer Form der Patronage als Präsident, die Lonsdale im Kontrast zu den Verhältnissen unter Kenyattas Nachfolger Moi als „moralisch aufbauend“ (61) versteht. Die eigenständige und kreative Auseinandersetzung mit Moderne wird besonders eindrucksvoll in *Liz Gunners* Skizze der Erinnerungspolitik herausgearbeitet, die der Prophet und Kirchengründer Isiah Shembe in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1910 in der Region des heutigen Kwazulu/Natal verfolgt hat. Es entfaltet sich hier das Bild eines hoch differenzierten, selbstbestimmten Umgangs mit Schriftlichkeit und der Adaption unterschiedlichster kultureller Register durch die entstehende Religionsgemeinschaft der AmaNazaretha, auch in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen weltlichen Gewalten, denen sie sich konfrontiert sahen.

Eine ganz andere Perspektive auf die Moderne und die mit ihr einhergehenden

Selbst- und Wunschbilder eröffnet *Heike Behrends* Erkundung informeller Photostudios in Mombasa. Es geht dabei nicht allein um das Medium der Photographie oder den sozioökonomischen Kontext informeller Photographen, sondern mehr noch um die Projektionen, die vor allem in den Kulissen zum Ausdruck kommen, vor denen sich vor allem Migranten ablichten lassen und einen „radikalen Bruch mit der Vergangenheit“, mit „Ethnizität und allem, was mit traditioneller Kultur zu tun hat“, signalisieren, zugunsten der Orientierung auf die Versprechen „moderner Konsumkultur“ (104).

Mit dem kolonialen Staat thematisiert *John Comaroff* eine der meistberufenen Modernisierungsagenturen nicht nur in Afrika, und er tut dies in provokativer Form, vor allem durch Hinweise auf das semantische Feld des englischen „state“, das nicht zuletzt auch ein performatives Verbum umfasst. Die Vorstellung von „zwei miteinander verbundenen öffentlichen Sphären“ (127) ist gewiss schon vorher diskutiert worden, etwa in Mahmood Mamdani's *Citizen and Subject*, hier aber wird sie – gewiss auch aus der Perspektive der Siedlergesellschaften – weit stärker auf die Sphären der Gleichheit, Konkurrenz und Kooperation einerseits sowie auf die Festlegung ethnischer Identitäten, zwischen denen der Staat zu vermitteln und zu schlichten habe, andererseits bezogen. Daraus ergibt sich der in der postkolonialen Gegenwart andauernde Widerspruch zwischen den Diskursen über individuelle und ethnische, gruppenbezogene Rechte, und als „finales“, „vielleicht am meisten Schrecken erregendes“ „Erbe des Kolonialstaates in Afrika“ „die Produktion alternativer Modernitäten“ (131).

Die damit bereits angesprochene „afrikanische Krise“ nimmt *Simon Gikandi* eher

aus der Perspektive konkurrierender philosophischer Diskurse, aber auch von der Grundthese aus auf, dass „sich der Modernität hinsichtlich afrikanischer Kulturen und Institutionen zu stellen ... sowohl eine Notwendigkeit wie auch eine Unmöglichkeit ist“ (143). Vor allem gegen das „afropessimistische“ (152) Konzept der Postkolonie von Achille Mbembe gewandt und unter Berufung auf Paulin Hountondji und den ghanaischen Philosophen K. Gyeke klagt Gikandi die Gültigkeit „moderner Vernunft“ als „kategorischen Imperativ“ für politisch und gesellschaftlich für Afrika folgenreiche Wissenskonzepte ein (156).

In einem abschließenden allgemeinen Überblick über Modernisierungstheorie und ihre Hartnäckigkeit ungeachtet offenkundiger konzeptioneller Schwächen plädiert schließlich *Wolfgang Knöbl* für eine Neubefassung vor allem mit dem Traditionskonzept von Edward Shils als Zugang zu einem aus seiner Sicht vernachlässigten Forschungsfeld, das dennoch für ein Verständnis sozialen Wandels unverzichtbar sei. Vor allem aber belegt dieser Beitrag das ressentimentgeladene Vorurteil, die Postmoderne habe das Zeitalter der Beliebigkeit eingeläutet. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn für die aktuelle Bedeutung der Modernisierungstheorie ins Feld geführt wird, schließlich sei mit dem nicht näher kommentierten Marxismus der „große makrotheoretische Rivale“ der Modernisierungstheorie weggefallen, so dass nun „jede Kritik der Modernisierungstheorie droht, das letzte makrotheoretische Paradigma der Sozialwissenschaften zu zerstören“ (159). Wenn das nicht schon Grund genug wäre, sorgsam mit dieser Theorie umzugehen, erfahren wir auch noch, wenigstens in der „amerikanischen Theorie“ würden „Termini wie ‘Modernisierung’ und ‘Differenzierung’ locker gehandhabt, so dass jeder

Versuch zur Widerlegung der Modernisierungstheorie scheitern muss“. Das garantiere ihre „Langlebigkeit“ (167). Offenbar sind die Zeiten vorbei, als von Menschen, die es unternahmen, sich zu soziologischer Theorie zu äußern, die Beherrschung wenigstens der Anfangsgründe der Logik der Sozialwissenschaft erwartet wurde. Dazu gehört es mit Sicherheit, Immunisierungsstrategien zu erkennen und als das zu benennen, was sie sind: Gründe, die eine Theorie nachhaltig disqualifizieren.

Dennoch: Ein Aufsatzband, der dem vom Herausgebergremium gesteckten, ebenso ehrgeizigen wie bedenkenwerten Ziel zwar nicht nachkommt, den Sinn dieser Überlegungen aber in einem breiten und interessanten Spektrum von Beiträgen durchaus verdeutlichen kann, hat seine wichtigste Aufgabe erfüllt: weitere Diskussionen anzuregen. Schade allerdings, dass auch hier der gute Brauch missachtet wurde, die Autorinnen und Autoren kurz vorzustellen.

*Reinhart Kößler*

Fred Hendricks: *Fault-Lines in South African Democracy. Continuing Crises of Inequality and Injustice*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2003, 32 S. (Discussion Paper 23)

Der kurze, aus einem Vortragsmanuskript vom April 2002 entwickelte Text verdient Beachtung vor allem durch das, was durch den Titel kaum angedeutet wird: eine eingehende und überaus kritische Auseinandersetzung mit Ansatz und Verfahren der südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission (TRC). Dabei verbindet Hendricks zwei auf den ersten Blick nicht unbedingt naheliegende Perspektiven: die fortdauernde materielle Ungleichheit als schweres gesellschaftliches Erbe der formellen Apartheid, wobei aber „die einfa-

che Dichotomie zwischen der Gleichheit auf staatsbürgerlicher Ebene und der Ungleichheit aufgrund der Klassenzugehörigkeit daran vorbeigeht, wie beide ineinander greifen und einander in einem komplexen System durchdringen, das die Hinnahme des Bestehenden garantiert“ (10). Die unter Hinweis auf eine Äußerung von Präsident Thabo Mbeki und den berühmten Roman von Benjamin Disraeli bemühte Formel von den „zwei Nationen“ lässt sich für Hendrik nach wie vor in allererster Linie an der „breitesten Kluft“ festmachen: dem „Zugang zu Land“ (13), was freilich auch städtische (Wohn-)Grundstücke einschließt. Drastische Ungleichheit erfordert „dringende und drastische Maßnahmen“, und hinter dieser Anforderung bleibt das Einrücken einer „neuen schwarzen Elite ... in die Positionen der alten weißen Herren“ (13) weit zurück. Zudem, so der sicherlich etwas abrupte Übergang, nimmt das in der TRC zentrale Prinzip der Amnestie den Opfern des Apartheidsregimes auch noch materielle Ansprüche, weil die strafrechtliche Amnestie auch von zivilrechtlichen Forderungen freistellte. Dagegen sind die als Ausgleich vorgesehenen Entschädigungs- und Rehabilitationsleistungen des Staates bisher ausgeblieben.

Die Bewertung der TRC fällt insgesamt durchaus komplex aus. Neben den Problemen, die sich aus der institutionell vorgegebenen Entkoppelung zwischen den Aufgabenbereichen der Suche nach „Wahrheit“, der Amnestie und der Wiedergutmachung ergeben, verweist Hendricks insbesondere auf die unterschiedlichen Chancen, „Wahrheit“ überhaupt zu ergründen: Zwar war die Gewährung von Amnestie an eine vollständige Offenlegung der in Frage stehenden Taten geknüpft, die danach auch nicht mehr in einem ordentlichen Strafverfahren auf-

gegriffen werden dürfen, doch ist es schwer, die Aufrichtigkeit der Täter zu beurteilen, und darüber hinaus warnt Hendricks davor, dass das Grundproblem „staatlich inspirierter Gewalt“, wodurch „die Grundfesten der demokratischen Ordnung untergraben werden“ (14), dadurch weiter getragen werden könne, dass es so gerade nicht gelinge, „dem Gesetzgebungsprozess, der Rechtsstaatlichkeit und den Institutionen, die dafür da sind, die Gesetze durchzuführen“ „allmählich Anerkennung zu verschaffen“ (15). Das gilt vor allem da, wo Tätern Amnestie zuteil wurde, die „noch nicht einmal Reue zeigten“ (21).

Andererseits sind die Erfahrungen mit Versuchen zur Aufarbeitung der Apartheidsverbrechen durch ordentliche Strafverfahren ebenfalls kaum überzeugend. Hendricks verweist zwar auf die Möglichkeit des Kreuzverhörs, die der TRC nicht offenstand, doch steht dagegen das Zeugnisverweigerungsrecht der Angeklagten, vor allem aber die Inkompetenz der Strafverfolger, die ihre Berufserfahrung größtenteils unter dem Apartheidssystem gesammelt haben und ganz abgesehen von eigener Verstrickung für offensive Ermittlungsarbeit einfach nicht qualifiziert sind. Die Bilanz fällt noch düsterer aus, betrachtet man den wichtigen Sonderfall KwaZulu/Natal, die Provinz, in der die politisch motivierte Gewalt und der vom Geheimdienst des Apartheidsregimes inspirierte Terror der Inkatha besonders viele Todesopfer forderten. Neben dem „spektakulären Misserfolg“ der TRC – auch bedingt durch die Verweigerungshaltung von Inkatha – hat hier die Überforderung des Justizsystems zu einer Situation geführt, in der „weder Recht noch Versöhnung unmittelbar auf der Tagesordnung ... stehen“. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass die Provinz im Rahmen eines ausgehandelten „Sonderfriedens“ offen zum „Ausnahme-

fall“ erklärt wird, mit der Folge einer pauschalen Amnestie (*blanket amnesty*), was zum Zusammenbruch des gesamten TRC-Prozesses führen würde – gut vier Jahre nach Abschluss des TRC-Berichtes eine schockierende Diagnose (26). Implizit verweist gerade diese Überlegung aber auch auf den gewaltigen regionalen Unterschied in der politischen Kultur, wenn hier völlig zu Recht als katastrophaler Rückfall das befürchtet und gebrandmarkt wird, was im benachbarten Namibia seit der Unabhängigkeit schon 14 Jahre offizielle Regierungspolitik ist, von den Aussichten auf eine offizielle staatliche Erinnerungspolitik etwa in Zimbabwe einmal ganz abgesehen.

Es bleibt die zutreffende Feststellung, dass symbolische Politik, was die Erinnerungsarbeit ebenso wie die formale Anerkennung von Unrecht und Leiden und die Rehabilitation der Opfer zunächst einmal immer bleiben muss, ins Leere läuft, wenn ihr nicht ein materieller Ausgleich sowohl für erlittenes Unrecht als auch für aktuelle Ungleichheit entspricht. Auch hier ist festzustellen, dass Jahre nach dem Bericht der TRC dieser Teil ihrer Empfehlungen noch nicht eingelöst war. Dieser „übergreifende Mangel an materieller Einlösung der Versprechen gegenüber den vormaligen Entrechteten“ nährt den Verdacht, „dass es der gegenwärtigen Regierung am politischen Willen“ für die notwendigen Veränderungen fehlt, die zumindest die Anerkennung der Menschenrechte der zweiten Generation, also der sozialen Menschenrechte, für alle bringen müsste, nicht im Sinne „bestimmter Anrechte“, sondern so, dass „die Chance auf Erfolg für alle gleich werden sollte“ – als „sicherste Methode, um die Grundlage des Konsensus zu verbreitern und die demokratische Ordnung zu schützen“.

Gerade aus regionaler und internationaler Sicht gibt es gute Gründe, Hendricks'

scharfe Kritik an der südafrikanischen TRC zu relativieren. Seinem nachdrücklichen Insistieren jedoch ist unbedingt zuzustimmen: Wahrheit und materielle Gerechtigkeit gehören zusammen.

Reinhart Kößler

Ulrich Schiefer: *Von allen guten Geistern verlassen? Guinea Bissau: Entwicklungspolitik und der Zusammenbruch afrikanischer Gesellschaften*. Hamburg: Institut für Afrikakunde 2002, 333 S.

Der Autor versteht seine Arbeit als Fallstudie zum „Zusammenbruch“ afrikanischer Gesellschaften. Guinea Bissau scheint ihm hierfür besonders geeignet, weil es zum einen klein und überschaubar ist, zum anderen relativ wenig unter störenden Außeneinflüssen zu leiden hat und last not least weil der Autor auf langjährige Felderfahrungen daselbst zurückgreifen kann. Er liefert im Rahmen seiner Fragestellung eine kurze Beschreibung der Agrargesellschaften des Landes und einen Abriss seiner spät- und postkolonialen Geschichte. Ideografisch ist da einiges an Wissenswertem enthalten. Schiefers eigentliches Thema aber ist ein anderes: Er geriert sich als unerschrockener Tabubrecher, der endlich all die wohlmeinenden Euphemismen von „Entwicklung“ und „Entwicklungshilfe“ zerschlägt und sagt, was wirklich Sache ist: Chaos, Zusammenbruch und hemmungslose Selbstbereicherung einiger weniger. Dabei sind die Befunde, die er vorlegt, seit René Dumonts „L’Afrique Noire Est Mal Partie“ und Frantz Fanons „Les Damnés de la Terre“, spätestens aber seit Brigitte Erlers „Tödliche Hilfe“ und Ulrich Menzels „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der Großen Theorie“ Gemeingut des gesamten entwicklungspolitischen Dis-

kurses. Die inzwischen in beträchtlicher Anzahl vorliegenden theoretischen Analysen zur *Erklärung* dieser Befunde – erwähnen wir nur Bayart, Davidson, Hyden, Jackson/Rosberg, Leys, Mamdani und McGaffey – ignoriert er souverän. Seine eigene Analyse – sofern man den Begriff auf dieses chaotische Sammelsurium von rein assoziativ aneinander gereihten Statements unterschiedlichster Form, Herkunft und Reichweite überhaupt anwenden kann – kann sich des Beifalls aller Kolonialapologeten („wir haben’s ja schon immer gewusst“) sicher sein: Die Afrikaner sind wie die Kinder – egoistisch, unvernünftig, emotional, unbeherrscht und abergläubisch; und deswegen wird es halt nichts mit der Entwicklung. „Die Affektkontrolle ist... wenig ausgeprägt“ (80). Beleg: keiner. Maßstab: undefiniert. Gegenbeispiele: en masse (Beherrschung der Gefühle gilt als Ideal „vor allem (!) älterer Männer“; in deren Gegenwart müssen sich auch die Jüngeren zurückhalten; in der Kommunikation muss man stets aufpassen, dass man ja niemand beleidigt; „es ist genau geregelt, wer wen wie anschauen darf“ – 81 – usw.). „Die Individuen sind durch weniger Momente des Selbstzwangs geprägt“ als bei uns; dafür sind „Momente des Fremdzwangs kontinuierlicher ausgeprägt“ (83). Beleg: keiner. Maßstab: undefiniert. Die Afrikaner seien nicht in der Lage, „langkettige Zusammenhänge technischer wie auch wirtschaftlicher Art“ zu überschauen (82), weil sie in einer „sogenannten Ereigniszeit“ (88) lebten. Beleg: keiner – es sei denn, man würde die folgende Fußnote als solchen akzeptieren: „Da wir (Schiefers Projektbüro) oft Besucher mit Tee bewirteten, mussten wir dafür einen kleinen Zuckervorrat halten. Es gelang praktisch nie, den dafür Verantwortlichen dazu zu bringen, neuen Zucker zu kaufen, bevor der

Vorrat völlig verbraucht war“ (140). Gegenbeispiele: auch hier wieder en masse („langjährige Deichbauarbeiten“ – 87; Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt beim Reis – ebd.). Der Wirtschaftstyp der Agrargesellschaften beruhe nicht auf der „rationalen Verwendung knapper Ressourcen“ (93) – ja hat der Autor denn noch gar nichts von den Ansätzen (Polanyi; Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen und viele andere mehr) gehört, die zu zeigen suchen, dass man Wirtschaftstypen nicht nach Rationalität/Irrationalität, sondern nur nach unterschiedlichen Arten der Rationalität bzw. Zielen der Rationalisierung unterscheiden kann (Profitmaximierung vs. Risikominimierung z.B.)? Die Organisationsformen der Afrikaner seien „starken kognitiven Beschränkungen unterworfen“ (94) – dazu fällt mir nun wirklich gar nichts mehr ein. Übertroffen wird dies nur noch von der ständig wiederholten, unverhohlenen auf rassistische Assoziationen zielenden Rede von der „Kannibalisierung“ der Entwicklungsprojekte (z.B. 124, 222, 235).

Neben dieser plump eurozentrischen Modernisierungstheorie sind es vor allem zwei Thesen, die dem Buch Zusammenhalt verleihen sollen: die von der „dissipativen Ökonomie“ und die vom „Zusammenbruch“ der Gesellschaft. Als „dissipativ“ bezeichnet er die Ökonomie von Guinea Bissau, weil ständig Energien hineingepumpt werden – in Gestalt der Entwicklungshilfe v.a. –, welche jedoch nahezu ausnahmslos als „Reibungswärme“ verpuffen. Das klingt ja nun richtig toll wissenschaftlich – aber *Erklärungswert* hat es auch nicht mehr als der gängige (und durchaus dubiose) Spruch von der „Entwicklungshilfe als Fass ohne Boden“. Herauszufinden, was der „Zusammenbruch der Gesellschaft“ bedeuten soll, ist mir nicht

einmal ansatzweise gelungen. Er ist mehr als „soziale Anomie“ und „gesellschaftliche Destabilisierung“ (33). Aber was ist er? Straßen und Infrastrukturbauten verrotten mangels Wartung – o.k. Die herrschenden Eliten bereichern sich schamlos – gewiss doch. Kriminelle Jugendbanden bilden sich, Prostitution und Einbruchdiebstähle nehmen zu, Unehrlichkeit schleicht sich selbst in Verwandtschaftsverbände ein – mag sein, obwohl die Belege wie immer Mangelware bleiben und obwohl man all dies für New York, London, Paris und Berlin genau so sagen könnte. Und genau wie dort kommunizieren, interagieren, kopulieren, produzieren, konsumieren, tauschen, feiern und beten die Menschen auch weiterhin miteinander – für gewisse religiöse Zentren glaubt Schiefer sogar einen regelrechten Aufschwung erkennen zu können. Dass Modernisierung und kapitalistische Entwicklung auch ziemlich hässliche anomische Konsequenzen nach sich ziehen können, ist ja seit dem frühen 19. Jahrhundert eines der Standardthemen der sozialwissenschaftlichen Literatur. Was Schiefers Zusammenbruchsthese darüber hinaus behauptet, bleibt unklar – fast alles, was er vorbringt, findet sich (natürlich auf Deutschland bezogen) auch schon bei Wilhelm Heinrich Riehl (1858).

Wirklich spannend an Schiefers Werk sind nur die – oftmals seitenlangen – Fußnoten zur „spirituellen Dimension“ der Beafada-Gesellschaft (S. 45-78). Daraus hätte ein interessanter Beitrag zur Religionsethnologie destilliert werden können. Dies geschieht leider nicht; sie bleiben unverbunden nebeneinander stehen. Vor allem aber werden sie, allen gegenteiligen

Äußerungen des Autors zum Trotz, nicht mit seinen zentralen Thesen von der Modernisierungsunfähigkeit der afrikanischen Gesellschaften, dem Scheitern der Entwicklungshilfe und dem „Zusammenbruch“ der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht. Besonders aufschlussreich eine Fußnote auf S. 206, wo er voller Stolz berichtet, er habe auf einer GTZ-Tagung „das System der Steuerung der Ressourcenkontrolle über die spirituellen Instanzen“ erklärt und dafür die Bestätigung eines der anwesenden Ältesten erhalten, worauf die weißen Experten allesamt über ähnliche Erfahrungen zu berichten begannen. Die Frage bleibt, warum er den Lesern seines Buches genau diese, für seinen Argumentationsgang eigentlich unentbehrliche Erklärung vorenthält. Das moralische Pathos, mit dem er es immer wieder ablehnt, was ihm als Geheimnis anvertraut wurde, weiterzuverbreiten,<sup>1</sup> zieht hier nicht, denn was er den Mitarbeitern der GTZ mitteilt, kann er dem Lesepublikum einer Münsteraner Habilitationsschrift allemal mitteilen. Dass das Werk als solche angenommen wurde, erstaunt mich nicht wenig.

Gerhard Hauck

#### Anmerkung:

- 1 Dass man mit arkanem Wissen auch in ganz anderer – und sehr viel fruchtbarer Weise – wissenschaftlich umgehen kann, ohne sich des Vertrauensbruchs schuldig zu machen, hätte er u. a. bei Peter Geschiere: *Sorcellerie et Politique en Afrique*. (Paris 1995) und Ute Luig: „Der Kampf der Regenmacher“. In: G. Best; R. Kößler (Hg.): *Subjekte und Systeme. Festschrift für Christian Sigrist*. Frankfurt/Main 2000, nachlesen können.

## Eingegangene Bücher

- ALNAP Annual Review 2003: *Improve Monitoring to enhance accountability and learning*. London: Overseas Development Institute 2003, 216 S.  
ISBN 0-85003-632-1
- Beez, Jigal: *Geschosse zu Wassertropfen. Sozio-religiöse Aspekte des Maji-Maji-Krieges in Deutsch-Ost-Afrika (1905-1907)*. Köln: Köppe 2003, 210 S.  
ISBN 3-89645-450-1
- Beinart, William; McGregor, Jo Ann (Hg.): *Social History & African Environments*. Oxford: James Currey/Athens, Ohio: Ohio UP/Cape Town: David Philip 2003, 275 S.  
ISBN 0-85255-951-8
- Brenner, Robert: *Merchants and Revolution. Commercial Change, Political Conflict, and London's Overseas Traders, 1550-1653*. London: Verso 2003, 734 S.  
ISBN 1-85984-333-6
- Flock, Wigbert: *Armut in Santiago de Chile. Eine Feldstudie zum Selbstorganisationspotential der Volkssektoren*. Münster: LIT-Verlag 2003 (= Kontroversen 14; zugl.: Münster/Westf., Univ., Diss., 2002), 423 S.  
ISBN 3-8258-6726-9
- Hirschmann, Olaf: *Kirche, Kultur und Kondome. Kulturell sensible HIV/AIDS-Prävention in Afrika südlich der Sahara*. Münster: LIT-Verlag 2003 (= AIDS in Afrika 1), 132 S.  
ISBN 3-8258-6849-4
- Maus, Minette: *Music as Instrument of Diversity and Unity. Notes on a Namibian Landscape*. Uppsala: Nordiska Afrika-institutet 2003 (= research report No. 124), 55 S.  
ISBN 91-7106-510-5
- Melber, Henning (Hg.): *Namibia. Grenzen nachkolonialer Emanzipation*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2003, 224 S.  
ISBN 3-86099-784-X
- Melber, Henning (Hg.): *Re-examining liberation in Namibia. Political Culture Since Independence*. Uppsala: Nordiska Afrika-institutet 2003, 149 S.  
ISBN 91-7106-516-4
- Henning Melber (Hg.): *Limits to Liberation in Southern Africa. The unfinished business of democratic consolidation*. Cape Town: HSRC Press 2003, 230 S.  
ISBN 0-7969-2025-7
- Mohamoda, Dahilon Yassin: *Nile Basin Cooperation. A Review of the Literature*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2003 (= Current African Issues No. 26), 55 S.  
ISBN 91-7106-512-1
- Morgenrath, Birgit; Wellmer, Gottfried: *Deutsches Kapital am Kap. Kollaboration mit dem Apartheidregime*. Hamburg: Edition Nautilus 2003, 158 S.  
ISBN 3-89401-419-9
- Müller, Johannes; Reder, Michael (Hg.): *Der Mensch vor der Herausforderung nachhaltiger Solidarität*. Stuttgart: W. Kohlhammer 2003 (= Globale Solidarität - Schritte zu einer neuen Weltkultur 9), 189 S.  
ISBN 3-17-018135-1
- Schäfer, Rita: *Gender und ländliche Entwicklung in Afrika - eine kommentierte Bibliographie*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Münster: LIT-Verlag 2003 (= Spektrum 75, Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern), 448 S.  
ISBN 3-8258-5053-6

van Ufford, Philip Quarles; Giri, Ananta Kumar (Hg.): *A Moral Critique of Development. In Search of Global Responsibilities*. London & New York: Routledge 2003 (= European Inter-University Development Opportunities Study Group – EIDOS), 309 S.  
ISBN 0-415-27626-8

Wahdat-Hagh, Wahied: *„Die Islamische Republik Iran“. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus*. Münster/Hamburg/London: LIT-Verlag 2003 (= Konfrontation und Kooperation im Vorderen Orient 10), 516 S.  
ISBN 3-8258-6781-1

Widerspruch 44: *Feminismus, Gender, Geschlecht* (2003), 232 S. (Postfach, CH-8026 Zürich)

Wirz, Albert; Eckert, Andreas; Bromber, Katrin (Hg.): *Alles unter Kontrolle. Disziplinierungsprozesse im kolonialen Tansania (1850-1960)*. Köln: Köppe 2003, 261 S.  
ISBN 3-89645-402-1

Zangl, Bernhard; Zürn, Michael: *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, 338 S.  
ISBN 3-518-12337-8

Zimmerer, Jürgen; Zeller, Joachim (Hg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*. Berlin: Chr. Links 2003, 276 S.  
ISBN 3-86153-303-0

## LINKSNET DE

Portal für linke Wissenschaft und Politik

Sozialismus \* Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung \* Blätter für deutsche und internationale Politik \* Das Argument \* Prokla \* Forum Recht \* Forum Wissenschaft \* Wissenschaft und Frieden \* IZ3W \* Das Blättchen \* Ossietzky \* Peripherie \* SPW - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft \* Utopie Kreativ \* Express \* Alaska \* Memo-Forum \* Initial

**Gemeinsam gegen den  
neoliberalen Einheitsbrei.**

**Eine menschliche, nachhaltige und  
soziale Politik verwirklichen.**

**Eine andere  
Politik ist machbar!**

